

Schule im Blick ● punkt

Informationen des Landeselternbeirats Baden-Württemberg



Schule braucht zukunftsfähige Konzepte

- Wo bleibt der Marshallplan?

Realschul- und Werkrealschulabschluss im Vergleich

- Gleichwertig ist nicht gleich

Die Bedeutung frühkindlicher Bildung

- Wenn die Synapsen verkümmern

Berliner Forschungsinstitut legt neue Studie vor

- Jeder vierte Schüler sitzt in der Nachhilfe

Erste Bilanz bei Diagnose- und Vergleichsarbeiten

- Wir haben die Kirche im Dorf gelassen

Bildungsferne ist nicht nur Frage nationaler Herkunft

- Die Schicht weist den Schulweg

LEB fordert dezentrale Verteilung der Schulpsychologen

- Chance auf schnelle Hilfe wird vertan

Abi 2012 in Hochschule aktuell

Inhaltsverzeichnis

Wo bleibt der Marshallplan?	3	Qualitätsoffensive für die Gymnasien.	18
Gleichwertig ist nicht gleich	5	<i>SiB</i> -Leserinnen und -Leser sagen ihre Meinung	20
Spagat zwischen Langeweile und Stress.	6	Wir haben die Kirche im Dorf gelassen	21
Wenn die Synapsen verkümmern	8	Hochschule aktuell	
Chance auf schnelle Hilfe wird vertan	10	Ausbau statt Untertunnelung	24
Zu wenig Stellen und zu wenig Vernetzung	11	Studieninformationstag 2008	27
Stärke für besondere Lebenssituationen	14	Neues Förderprogramm für Mädchen	27
Die Schicht weist den Schulweg.	15	Mehr Spielraum bei Stipendien	27
Jeder vierte Schüler sitzt in der Nachhilfe	16		



Christiane Staab,
Vorsitzende des Landeselternbeirats

Liebe Leserinnen und Leser,

nun kommt sie also, die Rolle rückwärts im Bereich der staatlichen Schulaufsicht. Das System Schule sollte durch die Verwaltungsstrukturreform und die Abschaffung der „Sonderbehörden“ (endlich) in die „normale“ Gesellschaft überführt werden. Sie sollten eingebunden werden in das ganze Netz von kommunaler Verwaltung und Landesverwaltung. Schnell sahen sich Schulräte in einer Behörde auf Augenhöhe mit Jugendamts-, Sozialamts-, Sozialen Dienst-, Gesundheitsamtsmitarbeitern und allen, die mit Kindergärten, Schulkindern und Eltern zu tun haben (außerhalb der Schule, sozusagen im zivilen Leben).

Bürgermeister, Kammern, Kirchen und alle, die vor Ort waren, fingen an, sich über „ihre“ Schulen und deren Qualitätsentwicklung Gedanken zu machen. In den Jugendhilfeausschüssen wurden Übergangsquoten zum Megathema. Neue Schulmodelle wurden entwickelt, Kooperationen mit Institutionen aller Art ergaben sich aus der Nähe zueinander. Schulräte vor Ort waren in viele Projekte als Berater, Begleiter und Aufsicht eingebunden. Man lernte sich kennen und schätzen, eben das, was Nähe mit sich bringt.

Zunehmend machte sich bei so vielen „Mitmachern“ und neuen Ideen offenbar die Sorge in Stuttgart breit, was denn hier mit der letzten Bastion der Länderhoheit gerade geschehe.

Kultuspolitik ist Landessache und damit basta! Die Landräte und Bürgermeister dürfen bezahlen, aber doch nicht anfangen in das System hineinzuregieren. Machtgerangel entstand und nach nur 3 Jahren wurde der seidene Faden, den die Schulen als Netzchen nach außen spannten, durchschnitten. Anstatt mutig darauf zu vertrauen, dass langfristig ein festes, tragfähiges Netz um jede Schule im Land durch zahlreiche Partner gesponnen würde, schlug die nackte Panik des Kontrollverlustes zu. Alles sofort beenden, Schulämter raus aus dem vergiftenden Einfluss der kommunalen Partner, die ja vor Ort hätten standortangemessene Schulen basteln können.

Die Landesregierung macht hierbei aus meiner Muttersicht einen zentralen Fehler, der auch immer wieder bei Eltern festzustellen ist.

Daher ein Erziehungstipp an die Landesregierung: Wenn Sie die Schulen langfristig an sich binden wollen, dann schenken Sie ihnen Vertrauen und die Freiheit, die jede Schule für ihre individuelle Entwicklung benötigt. Ebenso wenig, wie ein Kind dem anderen gleicht, gleicht eine Schule der anderen. Zentrale Ansätze sind daher in weiten Teilen fehl am Platze. Je stärker Eltern ihr Kind rigide an sich binden, um es vermeintlich zu behalten, desto eher werden sie es verlieren. Kontrolle und Macht sind Begriffe, die sowohl im Bereich der Bildung wie auch der Erziehung, aber auch der Schulentwicklung nichts zu suchen haben. Liebe Landesregierung, fördern und fordern Sie. Geben Sie Schulen den Raum, sich eigene Partner zu suchen. Lassen Sie sie sich entwickeln und eigene Wege im Rahmen der Profilierung gehen. Nehmen Sie Abstand von Zwangsverheiratung mit Schulleitern, die von der Schulgemeinschaft abgelehnt werden, ebenso wie von der Partnerwahl nach Noten.

Geben Sie den Schulen die Mittel, sich die Partner wählen zu können, die Schule in ihrer einzigartigen Situation benötigt. Das ist nicht immer ein Lehrer. Hierbei sind die Schulämter ein wichtiger Partner. Aber sie dürfen nicht unerreichbar weit weg sein, sondern sie müssen sofort da sein, wenn sie angerufen werden. Und sie müssen informiert sein darüber, was an „ihren“ Schulen läuft. Ein Schulrat, der nur kommt, wenn es Probleme gibt, ist Aufsicht, aber nicht Partner. Das Wichtigste ist aber, den Schulen und ihren Partnern zu vertrauen. Wer vertraut und loslässt, der wird sein Kind bzw. seine Schule für immer behalten. Wer klammert und knebelt, der wird alles verlieren.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen und Ihren Familien eine erholsame Urlaubszeit

Ihre

Christiane Staab

Impressum: Herausgeber: Der Landeselternbeirat Baden-Württemberg, Alexanderstraße 81, 70182 Stuttgart, Vorsitzende: Christiane Staab – Schriftleitung: Sylvia Wiegert (sw), Wiesenblick 6, 72250 Freudenstadt, E-Mail: sib@leb-bw.de, Internet: www.leb-bw.de. Weitere Mitarbeiter der Redaktion: Uwe Bimmler (ub), Anette Soppa (as), Hartmut Wagner (hw) – Verlag: Neckar-Verlag GmbH, Klosterring 1, 78050 Villingen-Schwenningen, Telefon (07721) 8987-0. E-Mail: info@neckar-verlag.de, Internet-Adresse: http://www.neckar-verlag.de – Erscheint sechsmal im Schuljahr – Bestellung beim Verlag – Jahresabonnement Euro 10,65 zzgl. Porto. Abbestellungen nur zum Schuljahresende schriftlich, jeweils acht Wochen vorher – Rücksendung unverlangt eingeschickter Manuskripte, Bücher und Arbeitsmittel erfolgt nicht. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Schriftleitung oder des Verlags. Zuschriften nur an die Schriftleitung.

Wo bleibt der Marshallplan?

Schule braucht zukunftsfähige Konzepte statt Bildung zum Schleuderpreis

Was ist Bildung wert? Eine Frage, die immer öfter gestellt wird, und auf die es kaum eine Antwort gibt. Eine Kosten-Nutzen-Analyse hinsichtlich der Ausbildung eines Menschen und seiner späteren Arbeitskraft herzustellen hieße, den Begriff des Humankapitals auf die Spitze zu treiben. Hat sie neben dem individuellen auch einen gesellschaftlichen Wert? Vielleicht wäre aber genau eine solche Analyse endlich der Schlüssel, um Politiker, die den „weichen“ Argumenten wie „Chancengerechtigkeit“, „Prävention“, „Arbeit als Grundrecht“, „Bildung als Zugang zur Gesellschaft“ nicht zugänglich sind, von notwendigen Investitionen in die Bildung ihrer Bevölkerung zu überzeugen.



Durchschnittlich gesehen, hat unsere Bildung ein sicheres Fundament

Karikatur: agudo

der den Mut hat, sich endlich von der „guten alten Schule“ zu verabschieden und sich der Zukunft zu widmen. Die Globalisierung aber auch die Bevölkerungsentwicklung sind zwei Megathemen, denen sich vor allem die Bildung der nächsten Generation stellen muss. Beide Themen wirken unmittelbar auch in die Schulen hinein. Beide Themen erfordern Bildungskonzepte, die mit der heutigen Schule, die ein Relikt aus den 50er-Jahren des letzten Jahrhunderts darstellt, nicht zu lösen sind. Wir brauchen einen schulischen Integrationsplan. Nicht für die Migranten sondern für alle Kinder, deren Elternhaus zu schwach ist, um ihnen aus eigener Kraft Bildung zugänglich zu machen.

Eine unüberschaubare Zahl von Studien überschwemmte in den vergangenen Jahren den Bildungsmarkt, um zu belegen,

- dass die Qualität von Unterricht schlecht ist;
- dass viele Lehrer von Anfang an nicht für ihren Beruf geeignet waren;
- dass Jungen aus bildungsfernen Elternhäusern selten einen mittleren oder höheren Bildungsabschluss erreichen;
- dass frühkindliche Bildung am effektivsten ist;
- dass es kaum einen Lernzuwachs in Mathematik zwischen Klasse 9 und 10 gibt;
- dass Kinder aus sozial belasteten Familien kaum Chancen auf einen höheren Bildungsabschluss haben;
- dass die Niveauunterschiede zwischen einzelnen Bundesländern eklatant (um bis zu 2 Schuljahre) voneinander abweichen;
- dass der naturwissenschaftliche Unterricht eine Katastrophe ist;
- dass die Kinder der 2. und 3. Generation von Zuwandererfamilien schlechter deutsch sprechen als Neuzuwanderer;
- dass Akademikerkinder 5-mal größere Chancen auf einen Gymnasialbesuch haben als Kinder von Arbeitern.

Die Liste ist thematisch beliebig fortsetzbar. Alles wurde untersucht, alles wurde festgestellt. Nur: Welche Konsequenzen werden aus diesen Erkenntnissen gezogen? Immer größer wird die unermessliche Datenflut, immer kleinteiliger die Erkenntnisse und Prognosen, immer größer der Handlungsdruck.

Wer zieht Konsequenzen aus den Studien?

All diese Erkenntnisse müssten nun dringend zusammengeführt werden, um daraus ein Bildungssystem zu entwickeln, welches die Probleme zuverlässig und vor allem zeitnah lösen kann. Es wäre ein Marshallplan für die Schulen erforderlich,

Bildung ist nicht durchschnittlich

Wer hier voller Spannung und Hoffnung die Politik beobachtet, wird bitter enttäuscht. Während sich alle gesellschaftlichen Gruppierungen einig sind, dass es bereits 5 nach 12 für viele Kinder und Schulen ist, beobachtet man im Landtag Schulklopfen, Beschimpfung aller Kritiker und ein Bombardement mit statistischen Ungetümen nach dem Motto: „Wer nicht mehr zu sagen weiß, der mit Zahlen um sich schmeißt“.

Das weithin vernehmbare „Weiter so“ ist mit Unglauben aus dem Munde derjenigen zu nehmen, die jetzt Geld einsetzen müssten, um auf die geschilderten Probleme eingehen zu können.

Immer wieder werden Durchschnittswerte herangezogen, um zu zeigen, dass es doch gar nicht so schlimm sei. Bildung ist aber nie Einigung auf dem kleinsten gemeinsamen Nenner. Bildung ist auch nicht durchschnittlich. Bildung heißt, jedes Kind in seiner Einzigartigkeit zu entdecken und sich entfalten zu lassen. Es gibt kein Durchschnittskind, keine Durchschnittsklasse, keine Durchschnittsschule und daher haben Durchschnittswerte in der Bildungsdebatte nichts zu suchen.

Wohl scheint es aber den Durchschnittspolitiker zu geben, der sich mit Durchschnitten abspeisen lässt. Dies spricht Bände:

- „Der Klassenteiler stimmt im Durchschnitt“ – Klar, wenn ich eine Hand auf die Herdplatte lege und eine in Eiswasser, stimmt meine Körpertemperatur im Durchschnitt auch.
- „Wir investieren in Sprachförderung“ – punktuell, ohne standardisierte Konzepte und vor allem nicht für jedes Kind, das Bedarf hat.
- „Unterricht fällt praktisch nicht aus“ – damit unterstellt man im Landtag eine kollektive Wahrnehmungsstörung der gesamten Elternschaft.

- „Baden-Württemberg ist bei PISA ganz vorne“ – Ja, aber nur, weil sich die Eltern komplett um Schule kümmern. Sie bezahlen die Nachhilfe, sie bleiben zu Hause und lernen mit den Kindern, sie beschaffen Lernmaterialien. Die Eltern investieren privat das Geld, welches eigentlich die Politik in die Bildung investieren müsste. Dies erkennt man am schwachen Abschneiden der Kinder aus armen oder bildungsfernen Elternhäusern.

PISA-Deutschland ist ein Ranking der Erwerbskraft der Eltern, nicht der Leistungskraft der Schule. Alles andere ist ein Irrglaube oder bewusstes Verschweigen der Wahrheit.

- „1 Million Eltern schwingen sich zu Experten in Sachen Bildung auf“ – Nein, aber sie erwarten, dass endlich diejenigen, die dies kraft Amtes tun, ihre Arbeit erledigen. In der Verzweiflung und Sorge, die sie für ihre Kinder tragen, versuchen sie auf ihre Art, das Leben ihrer Kinder und deren Bildung ein bisschen besser zu gestalten. Sie entwickeln die Visionen, die in der Politik des Landes in Sachen Bildung völlig fehlen. Wohl gemerkt, Vision ist dabei keine Tagträumerei, sondern bedeutet, sich eine Vorstellung davon zu machen, wie Bildung in 5, in 10 und in 20 Jahren aussehen muss, damit das Land handlungsfähig bleibt.

Stillstand ist Rückschritt

Eltern wünschen sich von Politikern, dass das Wort „Zielvereinbarung“ auch im Ministerium Einzug hält. Was mittlerweile für jeden Lehrer und schon immer für jedes Kind galt, muss doch vor allem für diejenigen gelten, die das System Schule lenken.

Am Status quo festzuhalten, heißt angesichts der rasanten gesellschaftlichen Entwicklungen in Riesenschritten rückwärts zu gehen. Wo sind die Pläne, wie Schulen mit allen gesellschaftlichen Partnern weiterentwickelt werden sollen und müssen?

Stattdessen blinder Aktionismus. Rein in die Reform, raus aus der Reform. Ein bisschen Hauptschule, ein bisschen G8, ein bisschen Evaluation, ein bisschen Lehrerbildung, ein bisschen Kooperation, auch ein wenig Sprachförderung. Schulanfang auf neuen Wegen nur wenn die Eltern helfen können. Fächerverbünde statt Fächer, aber in den weiterführenden Schulen dann wieder Einzelfächer. In den letzten Jahren wurden unzählige Prüfungsverordnungen hin- und her verändert. Lehrerstunden abgezogen, gesperrt, entsperrt, hinzugefügt, eingespart und wieder aufgestockt.

Schulen sollen eigenständig werden, aber weder finanziell noch personell. Kommunen sollen bezahlen, aber bitte keine Wünsche äußern, wofür. Ganztagschule ja, Mensa nein. Fürs Essen sei man im Land nicht zuständig.

Es gibt überhaupt kein ersichtliches Konzept, wo die Reise denn hingehen soll. Gymnasium nur für Hochbegabte oder ein „Abi light“ für alle? Ersetzt die Hauptschule die Förderschule? Soll die Realschule auch Realschule bleiben oder wird sie eine Gesamtschule, was sie faktisch ist? Wie geht es im ländlichen Raum weiter? Wie soll Unterricht in Zukunft aussehen? Wie schafft man es endlich, einheitliche Qualitätsstandards in jede Klasse und an jede Schule zu bringen, ohne Gleichmacherei zu betreiben?

Bleibt es beim Kindergarten oder soll es eine Kinderschule geben? Wo ist eine Konzeption zur Neugestaltung des naturwissenschaftlichen Unterrichts?

Wann werden nicht mehr Fächer sondern Kinder unterrichtet? Was sind die Aufgaben der Regierungspräsidien und der staatlichen Schulämter in der Zukunft?

Wie und bis wann sollen die oben aufgeworfenen Studienergebnisse umgesetzt, verbessert und gelöst werden? Wo sind die Zielvorgaben?

Zielvereinbarung heißt offenbar für Politiker, in 4 Jahren wiedergewählt zu werden. Wer so seinen Job macht, stürzt das Land langfristig ins Chaos. Politiker und Ministerien, die verwalten statt zu gestalten, sorgen dafür, dass sich die Menschen von der öffentlichen Hand abwenden. Sie gehen zu denen, die ihnen Zukunftsperspektiven eröffnen. Das ist gefährlich und führt zu Parallelwelten.

Wer heute Sicherheit will, der steht vor seinem geschlossenen Polizeiposten. Wer es sich leisten kann, der besorgt sich auf dem Privatweg seine Sicherheit. Wer kein schnelles Urteil erhält, wird irgendwann „sein“ Recht in die eigene Hand nehmen. Wer individuelle Bildung und Förderung für sein Kind möchte, der sucht sich schon heute eine Privatschule. Wenn immer mehr Menschen das Gefühl haben, dass der Staat nur mangelhaft liefert bei gleichzeitig hohen Steuern, verliert dieser seine Daseinsberechtigung. Dann ist zwar eine hohe Einsparrendite beim Land der Erfolg, weil mangels Nachfrage immer weniger angeboten werden muss. Es erfolgt dann aber auch eine völlige Entsolidarisierung des Einzelnen mit dem Gemeinwesen.

Politik, die dieses nicht erkennt oder sogar in Kauf nimmt, stellt hier das komplette System einer Bürgergesellschaft in Frage. Dann bedeutet irgendwann, dass Daseinsvorsorge nur noch Betreuung derjenigen ist, die sich nichts anderes mehr leisten können, und nicht mehr das Band ist, das eine ganze Gesellschaft umfasst. Das kann gewollt sein, dann muss dies aber auch seitens der politisch Verantwortlichen laut gesagt werden.

Christiane Staab

Neues zur LRS- und Dyskalkulie-Forschung

Viele Eltern und Lehrer sind verzweifelt, weil bei einigen Schülerinnen und Schülern die schulischen Leistungen durchweg schlecht sind, obwohl das Kind sonst über eine gute Begabung verfügt. Einige Kinder zeigen massive Schwierigkeiten im Lesen, Rechtschreiben und Rechnen. Zusätzlich scheinen sie Probleme mit der Aufmerksamkeit zu haben. „Die Ursachen für diese Komorbiditäten verstehen wir bisher nur ansatzweise und die Forschung hat hier noch einiges zu tun, so Frau Prof. Karin Landerl, Entwicklungspsychologin an der Universität Tübingen.“

Auf dem 16. Bundeskongress des BVL, Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie e.V., vom 2. bis 5. Oktober 2008 in

Berlin, werden aktuelle Forschungsergebnisse zur Legasthenie und Dyskalkulie vorgestellt. In einer Vielzahl von Symposien und Workshops wird über Früherkennung und Förderung bei Legasthenie, Dyskalkulie und ADHS referiert sowie rechtliche Rahmenbedingungen aufgezeigt. Die Themen haben für Erzieher, Lehrer, Therapeuten und Eltern einen hohen Praxisbezug. Für Eltern gibt es zusätzlich ein Elternsymposium.

Weitere Informationen und Anmeldung zum Kongress sowie zum Bundesverband Legasthenie und Dyskalkulie e.V. sind im Internet abrufbar unter www.bvl-legasthenie.de.